

# Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

Die Covid-19-Pandemie machte auch vor dem Vatikan nicht Halt: Mit 1877 Fällen pro 100 000 Einwohner wies er im Oktober 2020 die höchste Sieben-Tages-Inzidenz Europas auf. Die tatsächliche Situation war jedoch weit weniger dramatisch: Nach einem Ausbruch in der Schweizer Garde gab es zwölf Infektionen bei insgesamt 453 Einwohnern. Glimpflich verlief es nicht überall: Viele, oft alte kirchliche Würdenträger erkrankten, nicht immer unverschuldet: Das Oberhaupt der Serbisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Irinej, starb drei Wochen nachdem er bei der Beerdigung des an Covid-19 verstorbenen montenegrinischen Metropoliten den aufgebahrten Leichnam traditionell geküsst hatte.<sup>1</sup>

Die gesamte Religionsausübung war von der Pandemie betroffen: Als die Infektionszahlen ab Herbst 2020 stiegen, wurden auch für Gottesdienste wieder Maßnahmen ergriffen, so dass selbst Weihnachten und Ostern, aber auch Chanukka und Pessach sowie der Ramadan nur unter massiven Einschränkungen begangen werden konnten. Teilweise gab es wie in Irland und der Slowakei sogar vollständige Gottesdienstverbote zu den höchsten Feiertagen. Während die Beschränkungen in einigen Ländern einvernehmlich vorgenommen wurden, führte ein restriktiver Umgang mit der Religionsfreiheit in anderen Ländern zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat. Während die Bischöfe in Frankreich im November 2020 zunächst keinen gerichtlichen Schutz gegen ein Gottesdienstverbot erzielen konnten, verwarf der Staatsrat später eine Begrenzung auf 30 Teilnehmer. In Griechenland erzwang die orthodoxe Kirche gegen die Regierung die Offenhaltung der Kirchen zu Epiphanie und in Schottland verwarf ein Gericht das Gottesdienstverbot zu Ostern als verfassungswidrig.<sup>2</sup> Auch die europäischen Kirchenzusammenschlüsse warnten vor einer zu weit gehenden Einschränkung der Religionsfreiheit in der Pandemie. Die katholische Kommission der Bischofskonferenzen der EU (ComECE) beklagte zudem, dass die Europäische Kommission in ihrer Strategie „Staying safe from Covid-19 during winter“ Einschränkungen für Gottesdienste empfahl, ohne dafür zuständig zu sein und die Kirchen konsultiert zu haben.<sup>3</sup>

## Konferenz zur Zukunft Europas und institutionelle Beziehungen

Aufgrund der Covid-19-Pandemie verschob sich die Eröffnung der Konferenz zur Zukunft Europas auf den 9. Mai 2021. Die Kirchen begrüßten die Konferenz, in einem Schreiben an den Exekutivausschuss forderten ComECE und die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) am 8. April 2021 aber eine Beteiligung im Konferenzplenar. Obgleich dieser Forderung nicht nachgekommen wurde, würdigte die Kirchen den Start der Konferenz

- 
- 1 Helena Sommer: Vatikan: Höchste Sieben-Tages-Inzident Europas, in: Humanistischer Pressedienst, 23.10.2020; Neue Zürcher Zeitung: Serbische Kirche von Pandemie schwer getroffen, 25.11.2020.
  - 2 Michaela Wiegel: Der Zorn der Katholiken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2020; Sarantis Michalopoulos: Griechisch-orthodoxe Kirche will sich nicht an Anti-Corona-Maßnahmen halten, in: Euractiv, 5.1.2021; James Mulholland: Banning Christians from church worship is unlawful, court rules, in: The Times, 24.3.2021.
  - 3 ComECE: COMECE wendet sich an EU-Kommission zur Covid-19-Strategie, 18.12.2020.

und kündigten ihre aktive Unterstützung an.<sup>4</sup> Die Rolle der Religionen bei der Konferenz war auch Gegenstand beim ersten „High Level Religious Leaders Meeting“ nach den Europawahlen am 27. November 2020, an dem Kommissionsvizepräsident Margaritas Schinas und die im Europaparlament für den Dialog mit den Kirchen zuständige Vizepräsidentin Roberta Metsola teilnahmen. Weitere Schwerpunkte des digitalen Gesprächs waren die Pandemiefolgen und die Migrationspolitik. Am 5. Februar 2021 folgte ein Gespräch mit Vertretern der europäischen Weltanschauungsgemeinschaften.<sup>5</sup>

Unter den von den Kirchen vorgebrachten Themen nahm die Migration selbst während der Pandemie einen großen Raum ein. Zudem würdigten die Kirchen die Fortschritte des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Migrationspakts, mahnten jedoch weiterhin eine humane Migrationspolitik an.<sup>6</sup> Das Europäische Parlament führte mit den Religionsgemeinschaften Dialogseminare zur Pandemie, zu unbegleiteten minderjährigen Migranten und zur Handelspolitik durch. Mit der deutschen und der portugiesischen Ratspräsidentschaft trafen sich die europäischen Kirchen sowohl auf der Ebene der Ständigen Vertreter als auch der Minister.<sup>7</sup>

Die deutsche Ratspräsidentschaft initiierte eine am 2. Dezember 2020 beschlossene Erklärung des Rates zur Berücksichtigung der Antisemitismusbekämpfung in allen Politikbereichen. Hintergrund war die Zunahme antisemitischer Vorurteile während der Pandemie, wozu die Europäische Kommission im Juni 2021 eine Studie veröffentlichte. Zudem publizierte sie mit der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken ein Handbuch zur Anwendung der Antisemitismusdefinition und kündigte eine EU-Strategie gegen Antisemitismus an.<sup>8</sup> Unter den Mitgliedstaaten beriefen nun auch die Niederlande und Rumänien Antisemitismusbeauftragte, Estland eine Antisemitismus-Arbeitsgruppe und Österreich präsentierte eine Nationale Strategie gegen Antisemitismus.

Der Heilige Stuhl und die EU begingen am 10. November 2020 das 50-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Telefonate des Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel mit Papst Franziskus sowie eine Papstaudienz der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unterstreichen die guten Beziehungen. Der Papst ernannte mit Aldo Giordano auch einen neuen Nuntius bei der EU. Franziskus, der immer wieder die Bedeutung der Gründerväter der Einigung hervorhebt, erkannte als

---

4 KEK/ComeCE: Churches have an important message and value to add to the Conference on the Future of Europe, 14.4.2021; ComeCE/KEK: Erklärung der Präsidenten von COMECE und KEK zur Eröffnung der Konferenz über die Zukunft Europas, 7.5.2021.

5 Europäische Kommission: Report, High-Level Meeting with Religious Leaders, 27.11.2020; Europäische Kommission: Report, High-Level Meeting with Philosophical and Nonconfessional Organisations, 5.2.2021.

6 ComeCE: EU-Migrationspakt: COMECE ruft zu konkreter Solidarität und Großzügigkeit auf, 25.9.2020; KEK: Ecumenical statement on migration received by European Commission, 25.9.2020; ComeCE: Die COMECE-Arbeitsgruppe für Migration bewertet das Migrations- und Asylypaket, 16.12.2020; KEK: Christian group comments on the proposed EU asylum and migration pact, 19.4.2021.

7 ComeCE/KEK: COMECE und KEK treffen sich mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 7.7.2020; ComeCE/KEK: Ökumenische Delegation trifft online mit deutscher EU-Ratspräsidentschaft zusammen, 27.10.2020; ComeCE/KEK: Ecumenical delegation meets with Portuguese EU Presidency, 29.1.2021; ComeCE/KEK: Ecumenical delegation meets with Portuguese EU Presidency, 12.5.2021.

8 Rat der EU: Erklärung zur durchgängigen Berücksichtigung der Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen, 2.12.2020, 13637/20; Europäische Kommission: The rise of Antisemitism online during the Pandemic, Luxemburg 2021; Europäische Kommission: Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, Luxemburg 2021; Benjamin Fox: Schinas verspricht EU-Strategie gegen Antisemitismus, in: Euractiv, 22.4.2021.

wichtige Vorstufe einer Seligsprechung den „heroischen Tugendgrad“ von Robert Schuman an.<sup>9</sup>

### **Gefährdungen der Religionsfreiheit in Europa?**

Vor einer Gefährdung der Religionsfreiheit in Europa warnten die Vertreter der Religionsgemeinschaften nicht nur aufgrund der Pandemie. Sie sehen sich vielmehr einer Vielzahl von religionspolitischen Maßnahmen und Gerichtsurteilen gegenüber, die oft einer Einschränkung des Islam oder ausländischen Einflusses dienen sollen, die jedoch darüber hinaus wirken und in ihrer Gesamtheit als Infragestellung der Religionsfreiheit angesehen werden. Dazu gehört ein Gesetzentwurf in Dänemark, der Gottesdienste nur noch in der Landessprache zulassen soll, und gegen den auch die europäischen Kirchen protestierten. Hinzu kommen die Bestrebungen in einigen Ländern, das Schächten, die Beschneidung und die Verschleierung zu verbieten. So stimmte die Schweiz am 7. März 2021 in einer Volksabstimmung für ein Burkaverbot.<sup>10</sup> Der Europäische Gerichtshof entschied am 17. Dezember 2020 anhand eines Schächtverbots in Flandern, dass die Mitgliedstaaten die Schlachtung ohne Betäubung verbieten können. Am 15. Juli 2021 urteilte er, dass ein Kopftuchverbot am Arbeitsplatz unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist.<sup>11</sup> Die Urteile stießen vor allem bei Juden und Muslimen auf Kritik. Insbesondere der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, kritisierte, unter anderem in der Gedenkstunde des Europäischen Parlaments zum Holocaustgedenktag, dass die zunehmenden Restriktionen die Präsenz jüdischen Lebens in Europa gefährden.<sup>12</sup> Dass Goldschmidt auch Entscheidungen kritisiert, die das Judentum gar nicht betreffen, unterstreicht, wie sensibel die Religionsgemeinschaften auf Einschränkungen der Religionsfreiheit reagieren.

In Frankreich kündigte Präsident Emmanuel Macron am 2. Oktober 2020 an, gegen den „islamistischen Separatismus“ vorzugehen, und ließ ein „Gesetz zur Stärkung des Respekts vor den Prinzipien der Republik“ erarbeiten. Im November verlangte er vom Französischen Islamrat die Erarbeitung einer „Grundsatzcharta“ und die Schaffung eines „Imamrates“ zur Zulassung von Imamen in Frankreich. Einige Islamverbände verweigerten jedoch die Unterschrift und auch die Kirchen und andere Religionen protestierten bis hin zur europäischen Ebene gegen das Gesetz, da es Gläubige unter Generalverdacht stelle.<sup>13</sup> Unterstützung erhielt Macron vom österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, der nach einem islamistischen Anschlag ebenfalls das Vorgehen gegen den „politischen

- 
- 9 EEAS: EU and Holy See Celebrate 50 years of Diplomatic Relations, 10.11.2020; Euractiv: EU founding father Schuman moves closer to sainthood, 9.4.2021.
  - 10 Die Tageszeitung: Gottes Wort bald nur noch auf Dänisch?, 10.11.2020, S. 11; ComECE: Besorgnis des COMECE-Präsidenten über die Aushöhlung der Religionsfreiheit in den EU-Mitgliedsstaaten, 22.1.2021; KEK: CEC expresses concern over suggested legislation on translating sermons into Danish, 26.1.2021; Süddeutsche Zeitung: Gesicht muss sichtbar sein, 8.3.2021.
  - 11 EuGH: Urteil vom 17.12.2020, C 336/19, Centraal Israëlitisch Consistorie van België u.a./Flaamse Regering; vgl. Spiegel Online: EU-Staaten dürfen rituelle Schlachtung ohne Betäubung verbieten, 17.12.2020; EuGH: Urteil vom 15.7.2021, C 804/18 und C 341/19, IX/WABE e.V. und MH Müller Handels GmbH gegen MJ; vgl. Liv Klingert: Companies can ban headscarves at work, top EU court rules, in: Politico, 15.7.2021.
  - 12 Evangelischer Pressedienst: Rabbiner Goldschmidt warnt vor Einschränkungen von Religionsfreiheit, 27.1.2021; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Rabbiner: Viele religiöse Juden verlassen Europa, 29.3.2021.
  - 13 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Unzweideutiges Bekenntnis“ verweigert, 28.1.2021; Judith Korman: Frankreichs Kirchen fürchten um Religionsfreiheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 9.2.2021; KEK: European churches express concern over French draft law related to Islamic radicalism, 5.2.2021.

Islam“ weiter verschärfte. Die Reduzierung ausländischen Einflusses und die Imamausbildung beschäftigen verschiedene Länder. So ist die Imamausbildung Schwerpunkt der Deutschen Islam Konferenz. Österreich plädiert für eine europaweite Registrierung von Imamen. Charles Michel regte am 9. November 2020 an, ein „Europäisches Institut für die Ausbildung von Imamen“ einzurichten.<sup>14</sup>

### Religion in den Außenbeziehungen der EU

Wie sehr Innen- und Außenpolitik beim Islam ineinandergreifen, zeigte sich, als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Pläne Macrons als „islamophob“ kritisierte und zum Boykott französischer Produkte aufrief. Die Türkei fürchtet um ihren Einfluss auf die Diaspora, für den Präsident Erdogan zunehmend die staatliche Religionsbehörde Diyanet einsetzt.<sup>15</sup> Schon zuvor hatte Erdogan für Streit gesorgt, als er ankündigte, die Hagia Sophia in eine Moschee umzuwandeln. Griechenland und Russland, aber auch andere EU-Staaten, der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell sowie die europäischen Kirchen protestierten energisch gegen das Vorhaben.<sup>16</sup>

Bei den Massenprotesten in Belarus nach der gefälschten Präsidentenwahl am 9. August 2020 spielten auch die Kirchen eine bedeutende Rolle. Während sich die Führung der Orthodoxen Kirche eher hinter Alexander Lukaschenka stellte, wurde dem katholischen Erzbischof von Minsk, der deutlich Kritik geübt hatte, nach einem Besuch in Polen die Wiedereinreise verboten. Nachdem der Papst im Dezember 2020 einen Sondergesandten schickte und im Januar ein Rücktrittsgesuch des Erzbischofs annahm, witterten viele einen Verrat des Vatikan an den Protestierenden.<sup>17</sup>

Nachdem die Europäische Kommission am 5. Mai 2021 den ehemaligen zypriotischen EU-Kommissar Christos Stylianides zum neuen Sonderbeauftragten für die Förderung der Religionsfreiheit außerhalb der EU berief, forderte die ComECE von Kommissionspräsidentin von der Leyen eine bessere Ressourcenausstattung des Beauftragten.<sup>18</sup>

### Weiterführende Literatur

Irene Dingel et al. (Hrsg.): Die Europäische Union und die Kirchen IV, Göttingen 2020.

Sharon Pardo/Hila Zahavi (Hrsg.): The Jewish Contribution to European Integration, Lanham 2020.

Arnd Uhle/Judith Wolf (Hrsg.): Institutionen unter Druck. Europarechtliche Überformung des Staatskirchenrechts?, Münster 2020.

---

14 Der Standard Online: Edtstadler fordert „europaweite Registrierung von Imamen“, 2.1.2021; Hans von der Burchard/Rym Momtaz: EU's Michel wants school for imams to combat terrorism and radicalization, in: Politico Online, 9.11.2020.

15 Sinem Adar: Ankara und Paris: Was steckt hinter dem Streit über den Islam?, in: SWP Kurz gesagt, 11.11.2020; Günter Seufert: The changing nature of the Turkish State Authority for Religious Affairs (ARA) and Turkish Islam in Europe, in: SWP/CATS Working Paper 2/2020.

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Papst: Denke an die Hagia Sophia, und es schmerzt mich sehr, 13.7.2020; KEK: CEC regrets decision over Hagia Sophia, 15.7.2020; ComECE: COMECE bedauert die Entscheidung über Hagia Sophia, 16.7.2020; Salim Çevik: Political Implications of the Hagia Sophia Reconversion, in: SWP Point of View, 17.7.2020.

17 Alena Alshanskaya: Ambivalente kirchliche Reaktionen auf die Proteste in Belarus, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 9/2020, S. 3–4; Nikolay Mitrokhin: Zwischen allen Stühlen. Die Belarussische Orthodoxe Kirche, in: Osteuropa 10–11/2020, S. 223–240; Oliver Hinz: Belarus: Papst Franziskus enttäuscht die Katholiken, in: Herder Korrespondenz 2/2021, S. 9–10.

18 Kathpress: Zypriote Stylianides neuer EU-Beauftragter für Religionsfreiheit, 5.5.2021; ComECE: EU-Bischöfe wenden sich an Präsidentin von der Leyen, 3.6.2021.